dfi aktuell

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Zeitenwende im deutsch-französischen Verhältnis? – *Seite 1*

dfi information

Wie gelingt der Strukturwandel? Junge französische Journalistinnen und Journalisten auf Erkundungstour in der Lausitz – *Seite 4*

Deutsch-Französisches Zukunftswerk: Zweiter Arbeitszyklus – *Seite 6*

Die Malaise der französischen Demokratie: Ein Vortrag von Henrik Uterwedde – *Seite 7*

Bald ist es soweit: Das Bürgerportal für die deutsch-französische Grenzregion geht Anfang 2023 online – *Seite 8*

Nouveaux horizons: Infoabend zum Thema „Ehrenamtliche (Vorstands-)Tätigkeit im Verein“ – *Seite 8*

Neubesetzung der Direktorenstelle am dfi – *Seite 9*

Die Plattform *jumelage.eu* entwickelt sich weiter – *Seite 10*

dfi service

Impressum – *Seite 10*

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg Ausgabe 5|2022

Zeitenwende im deutsch-französischen Verhältnis?

Bundeskanzler Olaf Scholz (r.) im Vier-Augen-Gespräch mit Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs, am Rande der 27. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP27), im International Convention Centre (SHICC). November 2022 © Bundesregierung / Thomas Imo

dfi analyse

Seit der Rede zur „Zeitenwende“ im Februar 2022 zeigt sich: Die von Olaf Scholz beschriebenen Herausforderungen setzen die europäische Politik gehörig unter Druck. Davon bleibt auch das deutsch-französische Verhältnis nicht unberührt. Am 19. Oktober wurde kurzfristig angekündigt, den für den 26. Oktober geplanten „Deutsch-Französischen Ministerrat“ zu verschieben.

Die Verbindlichkeit regelmäßiger Treffen zwischen Bundeskanzler und Präsident sowie weiterer Regierungsmitglieder war mit dem Élysée-Vertrag 1963 eingeführt worden. Dieser Vertrag ist heute das Symbol der Versöhnung der beiden Länder, gleichzeitig regelt er immer noch den politischen Rahmen ihrer bilateralen Zusammenarbeit. Seit demnächst sechzig Jahren fanden die regelmäßigen Treffen in guten und weniger guten Zeiten statt, seit dem vierzigsten Jubiläum des Vertrags 2003 einmal im Jahr als „Ministerrat“ mit den kompletten beiden Regierungen, bestätigt im 2019 unterzeichneten Vertrag von Aachen. Eine Verschiebung oder gar die Absage eines Treffens in diesem Rahmen ist also nicht bedeutungslos, insbesondere da die Regierungskonsultationen schon 2020 wegen der Coronakrise ganz ausfielen und 2021, immer noch im Zeichen der Pandemie, als Videokonferenz stattfinden mussten.

Auch wenn sich auf der Sachebene sicher gute Gründe für eine Verschiebung finden ließen, um angesichts der Differenzen in vielen Dossiers den Beamten mehr Zeit zur Vorbereitung zu lassen, so zeigt die politische Botschaft des verschobenen Gipfeltreffens doch, dass das bilaterale Verhältnis derzeit einen Stresstest durchläuft. Insbesondere die französische Regierung möchte herausfinden, ob sich die neue Bundesregierung noch zu einem deutsch-französischen Sonderverhältnis im Rahmen der EU, und damit zu einer der Grundkonstanten der deutschen Außenpolitik seit den fünfziger Jahren, bekennt. In diese Richtung sollte Emmanuel Macrons provokantes Statement beim EU-Gipfel in Brüssel am 20.10.2022 verstanden werden, als er erklärte: „Es ist weder für Deutschland noch für Europa gut, wenn Deutschland sich isoliert“.

Fortsetzung auf Seite 2

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:

▸ http://www.dfi.de/storno

Fortsetzung von Seite 1

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs, unterzeichnen den „Vertrag von Aachen" über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration.
© Bundesregierung / Guido Bergmann

Ohne hier versuchen zu wollen, dem Gehalt dieser Aussage auf den Grund zu gehen, bleibt es im deutsch-französischen Verhältnis zentral, die Sichtweise des Partners zu verstehen, anzuerkennen und ins eigene Kalkül einzubeziehen. Es geht dabei darum, die eigenen Interessen bei Respektierung der Interessen des Partners zu vertreten. Die Legitimität und damit die Akzeptanz eines Kompromisses hängen letztendlich davon ab, dass sich beide Seiten darin wiederfinden.

Frankreich und die Zeitenwende

Wie sieht der französische Blick auf die deutsche Politik seit der Zeitenwende aus? Seit 2017 hat Emmanuel Macron immer wieder erläutert, dass die EU über deutsch-französische Initiativen und Vorschläge weiterzuentwickeln sei. Weder bei der Ankündigung des Sondervermögens für die Bundeswehr durch Olaf Scholz, noch bei seinen Vorschlägen für eine europäische Luftabwehr in Prag oder bei der Umsetzung des Vorschlags (*European Sky Shield Initiative*) durch 15 NATO-Verteidigungsminister spielte die deutsch-französische Beziehung jedoch eine Rolle. Man befürchtet in Frankreich, dass Deutschland zunehmend den Weg des geringsten Widerstands geht, um kurzfristig mit wechselnden und kleineren Partnern seine Interessen durchzusetzen. Eine solche Koalition würde aber noch keine durch die ganze EU akzeptierte „Sicherheits- und Verteidigungsdimension" der Union ergeben, denn zumindest Frankreich hat andere strategische Auffassungen, die ebenfalls einbezogen werden müssten.

Daneben ist die Energiepolitik durch deutsch-französischen Dissens gekennzeichnet. Bereits die beiden Nordstream-Projekte waren gegen massive Bedenken der europäischen Partner und insbesondere Frankreichs durchgesetzt worden. Bei der deutschen Ankündigung, gemeinsam mit Spanien eine Gaspipeline durch die Pyrenäen bauen zu wollen, war von Frankreich, dem direkt betroffenen Anrainerstaat, keine Rede. Das wurde von Regierungskreisen und Medien in Frankreich als ein unlauteres Vorgehen angesehen. Eine Pipeline durch Frankreich baue man schließlich nicht ohne Frankreich, so das Argument. Die Reaktion kam prompt, als die portugiesischen, spanischen und französischen Vertreter auf dem EU-Gipfel das Ende des gerade angekündigten deutsch-spanischen Projekts verkündeten und stattdessen ein Projekt von Barcelona durchs Mittelmeer nach Marseille ankündigten, das eines Tages auch „grünen Wasserstoff" transportieren soll.

Sitz des Bundeskanzlers bei einem Europäischen Rat im Europa-Gebäude
© Bundesregierung / Thomas Imo

Und auch wenn es Deutschland unbenommen bleibt, ein 200 Milliarden Euro teures Rettungspaket für die heimische Wirtschaft und Bevölkerung zu schnüren, bleibt die Frage, welche Auswirkungen dieses Paket auf den Europäischen Binnenmarkt haben wird. Dass dieser Aspekt in Berlin übersehen wurde oder man glaubte, ihn ignorieren zu können, reiht ihn aus französischer Sicht in die Serie von Ankündigungen und Entscheidungen ein, die einseitig, ohne Rücksicht auf die EU-Partner oder die EU als Ganzes, getroffen wurden. Dem entspricht auch das Verhalten Deutschlands bei den Bemühungen um eine Regulierung des Gaspreises auf EU-Ebene. Deutschland blockiert, macht jedoch keine eigenen Vorschläge für eine europaweite Regelung.

Grundlagen deutsch-französischer Kooperation in Europa

Soweit die französische Wahrnehmung, aber wie wichtig ist die Kritik aus Frankreich überhaupt noch? Ihr kommt eine grundsätzliche Bedeutung zu, weil sich darin Grundkonstanten deutsch-französischer und europäischer Politik ausdrücken. Sollte sich Deutschland tatsächlich davon verabschieden, hätte dies Konsequenzen für die Stabilität der europäischen Ordnung. Es würde sich dann tatsächlich um eine Zeitenwende im deutsch-französischen Verhältnis handeln.

Hinter der Entwicklung der eingangs beschriebenen, hoch institutionalisierten bilateralen deutsch-französischen Zusammenarbeit stand das Bemühen, die Regierungen und Verwaltungen beider Staaten zu einem permanenten Konsultations- und Austauschprozess zu verpflichten. Dieser soll den systematischen Interessenausgleich zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern. Überhöht wurde diese bis heute komplizierte Verwaltungskooperation durch das politisch zelebrierte und symbolisch inszenierte Narrativ von der „deutsch-französischen Aussöhnung". In ihm griffen politische Akteure (allen voran Konrad Adenauer und Charles de Gaulle) zivilgesellschaftlich entwickelte Bemühungen auf und etablierten die enge und besondere deutsch-französische Verbindung als Lehre aus der kriegerischen Vergangenheit.

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Emmanuel Macron bei einem Gespräch zum Raketeneinschlag im Osten Polens, am Rande des G20-Gipfels im Hotel
© Bundesregierung / Steffen Hebestreit

Dabei bestehen jedoch nach wie vor erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland. Verbunden mit den sehr intensiven, nicht zuletzt wirtschaftlichen, Beziehungen ergibt dies ein besonderes Konfliktpotential. Ohne deutsch-französische Abstimmung und permanente Bemühung, die Position des Anderen zu verstehen, zu respektieren und ins eigene Kalkül einzubeziehen, ist keine konstruktive Politik in Europa möglich. Die Begründung für die andauernde deutsch-französische Sonderbeziehung im Rahmen der EU findet sich also in der Notwendigkeit des permanenten Interessenausgleichs zwischen den beiden Ländern. Die EU wurde um ihren deutsch-französischen Kern herum aus der Einsicht heraus entwickelt, dass kein europäisches Land auf Dauer, mittel- und langfristig, die Macht und die Ressourcen hat, den Kontinent alleine zu stabilisieren. Stattdessen haben alle Versuche, die Position eines Hegemons einzunehmen, innerhalb kurzer Zeit zu militärischen Konflikten auf dem Kontinent geführt.

Der Interessengegensatz im Herzen der EU und die Notwendigkeit, damit permanent und konstruktiv umzugehen – unter Einbeziehung der legitimen Sichtweise des Partners – bleibt die wichtigste Einzelbegründung der europäischen Integration. Aus ihr ergibt sich auch die besondere Verantwortung der beiden Gründerstaaten als „Motor der EU". Sie haben, wegen ihrer Ressourcen und ihres Einflusses, aber gerade auch wegen ihrer Interessenunterschiede, eine besondere Verantwortung, sich permanent abzusprechen und zu koordinieren. Die häufig bemühte „deutsch-französische Konsensmaschine" und der „deutsch-französische Reflex" im Verwaltungshandeln sind nicht nur der Gewohnheit aus sechzig Jahren geschuldet. Sie liegen beide in wohlverstandenem Eigeninteresse, im Bewusstsein, dass gegeneinander keine dauerhafte Stabilität in Europa möglich sein wird. Ohne einen bewussten Umgang mit diesem strukturierenden Grundkompromiss wird es der EU nicht gelingen, politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln und Antworten auf die Herausforderungen der Zeitenwende zu geben.

Eine neue Betriebsamkeit, im Angesicht alter Divergenzen

Die im Nachgang zum verschobenen Gipfeltreffen entstandene deutsch-französische Betriebsamkeit mit zahlreichen Treffen und einem intensiven Austausch bis hin zur Staats- und Regierungsspitze deutet darauf hin, dass die maßgeblichen Akteure beginnen, die beschriebene Konstellation zur Kenntnis zu nehmen. Über die neu sich entfaltende Dynamik hinaus stellt sich jetzt jedoch die Frage nach der Leistungsfähigkeit der bilateralen Kooperation: Eine ganze Reihe für die EU insgesamt wichtige Herausforderungen und strategische Fragen zeichnen sich dadurch aus, dass sie seit langem eines deutsch-französischen Impulses oder Kompromisses bedürften, um gemeinsame Lösungen möglich zu machen. Insbesondere betrifft dies die Energiepolitik, die seit Jahrzehnten darauf hinausläuft, die Unterschiede anzuerkennen, die Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Abhängigkeiten jedoch weitgehend zu ignorieren. Ähnliche Konstellationen bestehen auch in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, in der Finanz- und Fiskalpolitik (Reform des Euro-Stabilitäts- und Wachstumspaktes) sowie bei der Frage der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Nicht zuletzt verlangt die Debatte über die von Frankreich für notwendig erachtete tiefgreifende Reform der EU *vor* einer weiteren Erweiterung, und die von der deutschen Regierung in jüngster Zeit favorisierte rasche geopolitische Stabilisierung durch Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten, nach einem Kompromiss und einer gemeinsamen Vision. Diese muss beiden (legitimen) Argumenten gerecht werden und die Funktionsweise und den Fortbestand der EU auch in schwierigen Zeiten gewährleisten. Sollte der „deutsch-französische Motor" hier nicht zu Ergebnissen kommen, die die EU angesichts der beschriebenen Herausforderungen stärken und weiterentwickeln, und die dabei gleichzeitig auch für die anderen EU-Mitglieder akzeptabel sind, stünde die nächste Zeitenwende bereits bevor, diesmal im deutsch-französischen Verhältnis.

Stefan Seidendorf ▸ seidendorf@dfi.de

Bundeskanzler Olaf Scholz im Vier-Augen-Gespräch mit Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs, am Rande der COP27 im International Convention Centre (SHICC) © Bundesregierung / Thomas Imo

Wie gelingt der Strukturwandel?

Junge französische Journalistinnen und Journalisten auf Erkundungstour in der Lausitz

Interview mit Andreas Jung, energie- und klimapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion © dfi

Vom 16. bis 21. Oktober reiste die Gruppe mit dem dfi nach Berlin und Cottbus, um sich im Kontext von Energiekrise und geplantem Kohleausstieg über Strategien zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zu informieren.

Der nächste Umbruch. Die Lausitz hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Strukturveränderungen erlebt. Seit dort im großen Stil Braunkohle gefördert wurde, hat sich die Region stark gewandelt. Sie erlebte einen großen Zuzug von Menschen, die im Tagebau arbeiteten, und sicherte über Jahrzehnte die Energieversorgung in der DDR. Das brachte einerseits Wohlstand, hinterließ aber auch dramatische Spuren – in der Landschaft und in den Köpfen. Dutzende Dörfer fielen dem Bagger zum Opfer und Menschen verloren ihre Heimat. Die Umwelt wurde nachhaltig geschädigt, was ebenfalls nicht ohne Folgen für die dort lebende Bevölkerung blieb.

Nach der Wende folgte erneut ein starker Einschnitt. Die Kohleförderung erlebte einen Niedergang, der Zehntausende Arbeitsplätze kostete. In der Folge verließen viele Menschen die Region. Diejenigen, die blieben, hatten nicht selten Probleme, sich in dem neuen Umfeld zurechtzufinden.

Mit dem endgültigen Kohleausstieg bis spätestens 2038 wird die Lausitz nun einen dritten Strukturbruch erleben, denn trotz der Veränderungen, die in den 1990er Jahren eingesetzt haben, trägt die Braunkohleindustrie bis heute immer noch 30 % zur regionalen Wirtschaftsleistung bei. Zur Bewältigung des Wandels sollen auch Gelder vom Bund beitragen (insgesamt 40 Milliarden Euro), die anteilig in alle Kohleregionen Deutschlands fließen. Die brandenburgische Lausitz mit Cottbus als Zentrum kann mit rund 17 Milliarden rechnen.

Wie ist die Situation in der Region, und welche Strategie wird verfolgt, um die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten? Dies waren die Ausgangsfragen der Reise, die aus aktuellem Anlass jedoch in Berlin begann. Die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöste Energiekrise stellt die Politik in Deutschland und Europa vor große Herausforderungen, weshalb die Gruppe zum Auftakt zunächst Gespräche in der französischen Botschaft und anschließend im Bundestag und im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) führte.

Die Diskussionen mit dem energie- und klimapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Jung, der grünen Bundestagsabgeordneten Sandra Detzer und dem für Energie und Klima zuständigen parlamentarischen Staatssekretär im BMWK, Stefan Wenzel, machten deutlich, wie die Verantwortlichen aus Regierung und Opposition auf die aktuelle Situation blicken und welche Maßnahmen zur Bewältigung der Krise diskutiert werden. Dabei spielte auch die deutsch-französische Zusammenarbeit eine wichtige Rolle.

Am Folgetag brach die Gruppe dann nach Cottbus auf und sammelte eine Vielzahl von Eindrücken, aus denen sich ein recht umfangreiches Gesamtbild dessen ergibt, was in der Region gerade passiert.

Der Austausch mit Verantwortlichen der Stadt Cottbus, der Strukturentwicklungsgesellschaft Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, der Technischen Universität und dem bundesweit tätigen Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) trug dazu

Noch gibt es Braunkohleabbau in der Lausitz: geführte Tour durch den Tagebau Welzow-Süd © dfi

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

bei, die Dimension der Aufgaben zu verstehen, vor denen die Lausitz, aber auch die deutsche Industrie als Ganzes steht. Dem stand eine durchaus beeindruckende Zahl konkreter Vorhaben gegenüber, die zeigen, dass schon einiges auf den Weg gebracht wurde, um den Anpassungsprozess aktiv zu gestalten. Indem man in der brandenburgischen Lausitz unter der Regie der Landesregierung in Potsdam auf eine Diversifizierung von Projekten setzt, geht man im Übrigen dezidiert andere Wege als die Akteure in Sachsen.

Auch die Frage, wie die Menschen vor Ort den Strukturwandel erleben, konnten die Teilnehmenden diskutieren. Lars Katzmarek, der beim Tagebaubetreiber LEAG arbeitet und sich gewerkschaftlich sowie im Verein Pro Lausitz e.V. engagiert, schilderte seinen tagtäglichen Einsatz, um gerade für junge Leute Perspektiven nach dem Kohleausstieg einzufordern und weitere Abwanderungstendenzen zu verhindern. Daniel Krüger vom mobilen Beratungsteam des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung (demos) ging darauf ein, welches soziale Konfliktpotenzial der erneute Strukturwandel birgt.

Auch wenn der Ausstieg besiegelt ist: Noch wird in der Lausitz an einigen Orten Braunkohle gefördert. Bei einer geführten Tour durch den Tagebau Welzow-Süd konnten sich die Teilnehmenden ein eigenes Bild vom Kohleabbau machen. Außerdem sammelten sie bei einer Besichtigung renaturierter Flächen mit Hannelore Wodtke von der „Allianz für Welzow " Eindrücke, wie nachhaltig die Kohleförderung die Landschaft verändert. Beim Gespräch mit Bürgermeisterin Birgit Zuchold wurden die Perspektiven für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Welzow erörtert, dessen Ortsteil Proschim bis vor kurzem noch von der Devastierung bedroht war, nach derzeitigem Stand aber nicht mehr der Braunkohleförderung zum Opfer fallen soll.

Interview mit der grünen Bundestagsabgeordneten Sandra Detzer © dfi

Zum Abschluss der Reise ging es erneut um die aktuelle Krise: Matthias Schulze vom Autohaus Schulze in Cottbus schilderte stellvertretend für viele kleine und mittelständische Betriebe, wie hart die hohen Energiekosten und die schwindende Kauflaune der Verbraucher die Unternehmen treffen. Hinzu kommen weitere Probleme wie der Fachkräftemangel und die durch die Coronakrise entstandenen Lieferengpässe.

Bei einem Besuch der Lausitzer Rundschau konnten die Erfahrungen der Woche zum Thema Strukturwandel noch einmal reflektiert werden. Außerdem stellte Chefredakteur Oliver Haustein-Teßmer den Teilnehmenden vor, wie die Regionalzeitung ihren Ansatz bei der Berichterstattung an die Interessen und Informationsbedarfe der Bevölkerung anzupassen versucht.

Die Reise fand im Rahmen des deutsch-französischen Programms für junge Journalistinnen und Journalisten statt, das seit 2021 vom dfi mit Unterstützung durch das Deutsch-Französische Jugendwerk durchgeführt wird. Im März 2023 wird eine Gruppe aus Deutschland eine Woche in der stark industriell geprägten nordfranzösischen Region *Hauts-de-France* verbringen und mit lokalen Akteuren über wirtschaftliche Anpassungsprozesse diskutieren.

Weitere Informationen zum Programm finden Sie bei Interesse unter
▸ https://www.dfi.de/de/Projekte/projekte_nachwuchs_dfjw.shtml

Dominik Grillmayer ▸ grillmayer@dfi.de

Im Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) © Bernhard Schulz

Deutsch-Französisches Zukunftswerk – zweiter Arbeitszyklus

Das Deutsch-Französische Zukunftswerk wurde durch den Aachener Vertrag von 2019 mit dem Ziel ins Leben gerufen, den deutsch-französischen Dialog über die tiefgreifenden Transformationen zu befördern, vor denen unsere Gesellschaften stehen. Im Vordergrund stehen in den ersten Jahren die mit dem Kampf gegen den Klimawandel verbundenen Themen der nachhaltigen Entwicklung und sozial-ökologischen Veränderungen.

Das Zukunftswerk verfolgt bei seiner Arbeit einen „bottom-up" Ansatz. Lokale Beispiele in ausgewählten Städten und Gemeinden, die zukunftsweisende Lösungsansätze verfolgen, werden im Dialog zwischen deutschen und französischen Kommunen detailliert untersucht. In diesem Prozess werden Erfolgsfaktoren ebenso identifiziert wie hinderliche Rahmenbedingungen. Anschließend werden die Ergebnisse der Analysen und des deutsch-französischen Erfahrungsaustauschs in Form von Handlungsempfehlungen in die politische Diskussion zwischen beiden Staaten eingebracht.

Auftaktseminar in Berlin, September 2022 © Deutsch-Französisches Zukunftswerk

Deutsch-Französisches
ZUKUNFTSWERK
FORUM POUR L'AVENIR
Franco-Allemand

Der zweite Arbeitszyklus wurde Ende September 2022 mit einem Auftaktseminar in Berlin offiziell gestartet. Zwei Themen stehen aktuell im Vordergrund:
Die **ökologische Transformation**, die schon im ersten Zyklus bearbeitet wurde, und zweitens das Thema der **nachhaltigen Stadtentwicklung**.
Auf französischer Seite sind die Städte Lyon, Dünkirchen und Pau an den Feldstudien beteiligt, auf deutscher Seite Marburg, München und Siegen. Weitere Städte und Gemeinden werden in die Dialogveranstaltungen eingebunden.

Die Leitfrage aller Untersuchungen ist es zu verstehen, unter welchen Bedingungen die erforderlichen Veränderungen, die zur Erreichung der von der EU und den Nationalstaaten gesetzten Klimaziele unverzichtbar sind, am besten zu erreichen sind. Dabei werden erfolgreiche Strategien in den Blick genommen, und gleichzeitig werden administrative oder regulative Blockaden identifiziert.

Die Themen des Zukunftswerks stehen in enger Verbindung mit den Projekten des dfi. Seit Jahrzehnten arbeitet das Deutsch-Französische Institut mit Unterstützung der Wüstenrot Stiftung an Themen der Stadtplanung und -entwicklung. Dabei werden deutsche und französische Fallstudien untersucht und in den Dialog gebracht. Das aktuell laufende Projekt mit der Stiftung befasst sich mit den Anpassungsstrategien kleinerer Kommunen auf die Klimafolgen. Dabei sind Hitzephänomene und Extremwetter schon jetzt als prioritäre Probleme identifizierbar.

Die Arbeiten des Zukunftswerks sind daher für das dfi von großem Interesse, wobei sich die Untersuchungen gut ergänzen und somit von Synergieeffekten ausgegangen werden kann.

▸ https://df-zukunftswerk.eu/

Frank Baasner ▸ baasner@dfi.de

Nachhaltige Mobilität: Der Verein „ freie LASTEN" präsentiert die Lastenräder, die an unterschiedlichen Standorten in der Stadt Marburg zur freien Verfügung stehen.
© Lauren McKown

Die Malaise der französischen Demokratie

Ein Vortrag von Henrik Uterwedde

FrankreichBibliothek

Am 27. Oktober referierte Prof. Dr. Henrik Uterwedde, der von 1974 – 2014 Mitarbeiter des dfi war und von 1998 – 2014 stellvertretender Direktor, anlässlich der Neuauflage seines Buches *Frankreich – eine Länderkunde* vor einem vollbesetzten Saal über „die Malaise der französischen Demokratie".

Henrik Uterwedde bei seinem Vortrag im dfi © dfi

Diese Malaise zieht sich wie ein roter Faden durch fast alle Kapitel seines Buchs und manifestiert sich in einer Vertrauenskrise zwischen Regierung und Bevölkerung, die sich nicht nur in der Gelbwesten-Bewegung gezeigt hat, sondern auch in zahlreichen Umfragen. In ihren Ergebnissen ist eine allgemeine negative Grundstimmung zu erkennen: Ein Drittel der Franzosen misstrauen der Politik grundsätzlich und 80 % finden, dass es ihren Repräsentanten an Bürgernähe mangelt. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen gaben mehr als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler rechtsextremen oder linkspopulistischen Kandidaten ihre Stimme, während die der früheren Regierungsparteien *Les Républicains* und *Parti Socialiste* zusammen nur 6,5 % erhielten.

Der letztlich gewählte Emmanuel Macron könne sich auf keine überzeugende Mehrheit stützen, denn er wurde 2022 im zweiten Wahlgang von vielen nur gewählt, um die rechtsextreme Marine Le Pen als Präsidentin zu verhindern. Bei den anschließenden Parlamentswahlen verlor Macrons Wahlbündnis „Ensemble" die absolute Mehrheit im Parlament, was seinen Gestaltungspielraum während seiner zweiten Amtszeit sehr einengt.

Uterwedde bezeichnete die vertikale Hierarchie und die Konzentration der Macht als grundlegendes Problem des politischen Systems Frankreichs. Sie erlaube zwar ein schnelles und effizientes Regieren, könne aber dazu führen, dass Entscheidungen ohne Rückkoppelung mit Vertretern von Verbänden oder Zivilgesellschaft getroffen werden. Eine Tendenz, die durch die zentralistische Organisation des französischen Staates noch befördert wird.

In Deutschland hingegen ist die politische Entscheidungsfindung komplizierter und dauert wegen des föderalistischen Systems, der innerhalb einer Koalitionsregierung nötigen Diskussionen, der starken Rolle der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Akteure zwar länger, sei aber durch den dafür notwendigen Dialog zwischen verschiedenen Akteuren meist besser abgesichert, so Uterwedde weiter.

Der Regierungsstil Emmanuel Macrons, der sich bewusst an der Spitze der hierarchischen Pyramide positioniert hat, hat das tiefe Unbehagen der Franzosen am System der Mehrheitsdemokratie noch verstärkt. Und da seine Partei „Renaissance" über keine gesellschaftliche Verankerung verfügt und nur dazu dient, Macron eine parlamentarische Basis zu sichern, ist sie kaum in der Lage, zwischen Präsident und Bevölkerung zu vermitteln.

Die Entfremdung zwischen gesellschaftlichen Vertretern und Präsident zeige sich beispielhaft darin, dass auch Laurent Berger, Chef der gemäßigten Gewerkschaft CFDT, der eigentlich Reformen als notwendig ansieht, sich mittlerweile gegen Macron gestellt hat. Seine Methode, so Berger, sei „ihr diskutiert, ich entscheide" und seine Art des Regierens „archaisch".

Der zweite Teil des Vortrags beschäftigte sich mit Ansätzen zur Erneuerung der Demokratie. Als erstes ging Uterwedde dabei auf die „große nationale Debatte" (frz.: *grand débat national*) ein, die Macron initiiert hatte, um mit der Gelbwestenbewegung zu diskutieren. An den zahlreichen Veranstaltungen, die in diesem Rahmen organisiert wurden, haben sich 1,5 Millionen Bürger beteiligt, aber im Nachhinein seien sie in erster Linie eine „Beschäftigungstherapie" gewesen, die die Leute beruhigen sollte. Gleiches gelte für den Bürgerkonvent für das Klima, an dem 150 zufällig ausgewählte Personen teilgenommen haben, und der 150 konkrete Vorschläge erarbeitet hat, von denen allerdings kaum welche umgesetzt wurden. Auch der „nationale Rat zur Neugründung" (frz. *Conseil national de la refondation*), den Macron im September für einen partei- und gesellschaftsübergreifenden Dialog einberufen hat, sei wegen der Weigerung aller Oppositionsparteien und der meisten Gewerkschaften, sich daran zu beteiligen, schon jetzt zum Scheitern verurteilt.

Um eine politische Blockade Frankreichs zu verhindern, bleibe Macron nur, den Dialog mit Vertretern der Oppositionsparteien und der Zivilgesellschaft neu zu beleben und sie als vollwertige Partner in die politische Entscheidungsfindung einzubinden, so Uterwedde zum Abschluss des Vortrags.

In der anschließenden Diskussion wies er noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass jedes Politikmodell, sowohl das deutsche als auch das französische, spezifische Vorteile und Nachteile habe, und die Situation in Deutschland, u.a. wegen der schwierigen Entscheidungsfindung innerhalb der Ampelkoalition, nicht wesentlich einfacher sei.

Martin Villinger ▸ villinger@dfi.de

Bald ist es soweit: Das Bürgerportal für die deutsch-französische Grenzregion geht Anfang 2023 online

FR Portail Citoyen
DE Bürgerportal

Nach mehr als einem Jahr voller Tatendrang und Arbeit geht das digitale deutsch-französische Bürgerportal „FRED“ im Januar 2023 online. Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Projekt des Landes Baden-Württemberg und der Region Grand Est, in Kooperation mit dem dfi, verantwortlich für die Projektsteuerung, und der Agentur „let's dev“, zuständig für die Entwicklung und Konzeption des Webportals.

Die Schaffung eines „digitalen Bürgerportals für die baden-württembergisch-französische Grenzregion“ war ein Wunsch, der bei den baden-württembergischen Bürgerdialogen 2020 formuliert wurde. Das Bürgerportal wendet sich an die Bürger:innen beiderseits der Grenze und darüber hinaus. Unsere Absicht ist es, die Sichtbarkeit bestehender Institutionen, Akteure und Serviceangebote zu erhöhen und die Bürger:innen in der baden-württembergisch-französischen Grenzregion an die richtigen Ansprechpartner:innen und Einrichtungen zu verweisen. Darüber hinaus soll den Bürger:innen eine Möglichkeit geboten werden, sich selbst aktiv, deutsch-französisch und grenzüberschreitend zu engagieren.

Um Suchwege in Zukunft zu verkürzen, soll das Bürgerportal die Nutzer:innen und ihre Anliegen schnell an die zuständige Einrichtung und die zugehörigen Ansprechpartner:innen verlinken. Darüber hinaus wird ein umfassender Überblick über aktuelle Veranstaltungen in der Region geboten. Die Unterseite „Events“ wird laufend aktualisiert und berücksichtigt dabei eine große Anzahl an Quellen.

Zusätzlich beinhaltet die Plattform ein in dieser Form neues Angebot. Ein Kontaktverzeichnis der unterschiedlichen Akteure und Einrichtungen der deutsch-französischen Grenzregion erlaubt es interessierten Bürger:innen, die richtige Ansprechperson und den direkten Kontakt zu finden. Auf diese Weise werden die gelisteten Institutionen und Akteure ihrerseits Teil eines Expert:innennetzwerks, welches die Vernetzung in der Region weiter erleichtern soll. Bei der Entwicklung und Konzeption des Bürgerportals war es den Projektbeteiligten deshalb ein besonderes Anliegen, die verlinkten Institutionen und Angebote nach Möglichkeit mit konkreten Ansprechpartner:innen zu präsentieren, welche im öffentlich zugänglichen Kontaktverzeichnis des Bürgerportals erscheinen werden.

Darüber hinaus vermittelt die Plattform vielfältige Informationen über Fördermöglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement. Nach und nach wird sich für Bürger:innen, Vereine, Initiativen daraus auch die Möglichkeit ergeben, grenzüberschreitend, deutsch-französisch und europäisch vernetzt zu werden und so zu gemeinsamen Engagements zu kommen.

Das Bürgerportal wird im Januar 2023 online gehen. Wir freuen uns schon jetzt auf ein zahlreiches Erscheinen auf der Plattform.

Sie finden das deutsch-französische Bürgerportal „FRED“ ab Januar unter folgendem Link:
▸ https://fred.info/

Kontakt:
Maxime Legrand ▸ legrand@dfi.de
Stefan Seidendorf ▸ seidendorf@dfi.de

Nouveaux horizons: Ein Infoabend zum Thema „Ehrenamtliche (Vorstands-)Tätigkeit im Verein“

NOUVEAUX HORIZONS
Begegnungen ermöglichen – Europa mitgestalten

Am Abend des 25.10.fand ein virtuelles Netzwerktreffen im Programm *Nouveaux horizons* statt. Nachdem seitens der Projektträger häufig Fragen rund um Ehrenamt und Vergütung aufkamen, hatten sich die Baden-Württemberg Stiftung und das dfi dazu entschieden, für das *Nouveaux horizons*-Netzwerk ein Webinar zu organisieren.

Dazu wurde der Jurist und Vereinspraktiker Stefan Wagner eingeladen. Rund 20 Vertreterinnen und Vertreter der geförderten Projekte nahmen an dem Webinar teil. Nach einer kurzen Begrüßung und einem kleinen Ausblick auf den Abend erklärte Stefan Wagner die juristische Definition eines Vorstands, seine Aufgaben im gemeinnützigen Verein, wie er als Arbeitgeber fungieren kann und wie verschiedene Tätigkeiten vergütet werden können. Diese Fragen sind für die Projektträger sehr wichtig, wenn es darum geht, gemeinnützige Projekte durchzuführen und Engagement anzuerkennen.

Schon von Beginn an wurde deutlich, dass die Auseinandersetzung mit verschiedensten Paragraphen und dem BGB sowie eine präzise Formulierung der Satzung essenziell sind, denn sie bilden die Grundlage für die Organisation des Vereins. Im weiteren Verlauf wurde dann geklärt, welche Arbeit im Verein vergütet werden darf, denn es gelten für Arbeitnehmende, Selbstständige und Ehrenamtliche verschiedene Regeln. Mit Hilfe von Beispielen und Schaubildern zeigte Herr Wagner, welche Wege der Verein gehen kann

Baden-Württemberg Stiftung
WIR STIFTEN ZUKUNFT

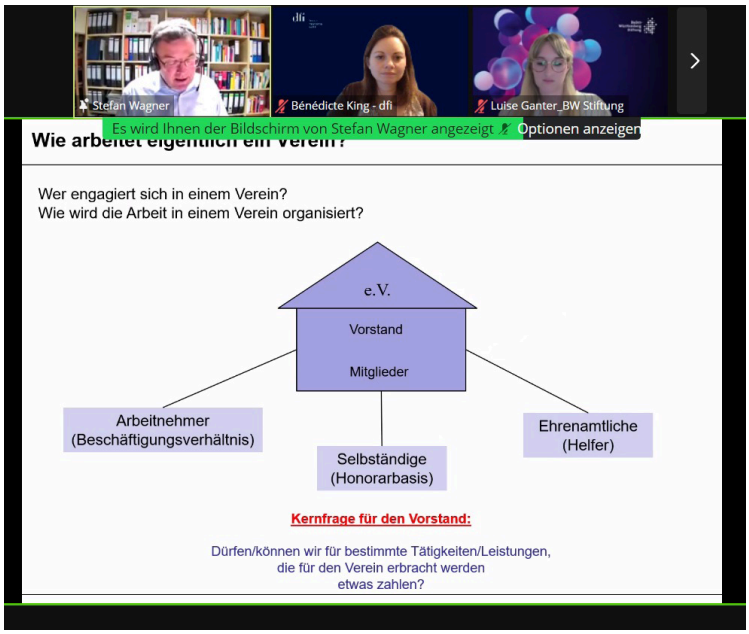
Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

und worauf geachtet werden muss, von der bekannten Ehrenamtspauschale über Honorarverträge und feste Anstellungen.

Viele Teilnehmenden der Vereine hatten ihre Satzung vor sich liegen und konnten so verfolgen, wo die Satzung verbessert werden könnte. Dabei gab es viele Nachfragen wie zum Beispiel die Frage nach der Regelung der Vergütung von Doppelaufgaben oder die Frage nach der Überschreitung von Freibeträgen. Stefan Wagner beantwortete diese Fragen verständlich, sehr konkret und mit Geduld. Die Projektträger erlebten einen informativen Abend mit wertvollen Tipps für die konkrete Projektarbeit und das Webinar endete mit virtuellem Applaus und zufriedenen Teilnehmenden.

Weitere Fragen beantworten Ihnen gerne
Susanne Binder und Bénédicte King
▸ nh-bwstiftung@dfi.de



Screenshot des Webinars © Nouveaux horizons

dfi Deutsch-Französisches Institut

Am Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg (dfi) ist zum 01.02.2024 die Stelle einer/eines

Direktorin / Direktors (w/m/d)

wiederzubesetzen.

Das 1948 gegründete Institut ist ein Forschungs- und Dokumentationszentrum und hat die Aufgabe, die deutsch-französischen Beziehungen auf allen Gebieten zu fördern und die Kenntnis der beiden Gesellschaften übereinander zu verbessern.

Zu seinen Kernaufgaben gehören sozial- und kulturwissenschaftliche praxisnahe Forschung, Fachpublikationen, Vorträge und Weiterbildungen sowie der Transfer in die Medien. Zielsetzung der Arbeit des dfi ist eine enge Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis. Die im deutsch-französischen und europäischen Dialog zu bearbeitenden Themen orientieren sich an der gesellschaftlichen Aktualität und den Zukunftsthemen.

Das Institut hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Die Finanzierung des dfi erfolgt über eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amts, des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Ludwigsburg. Das Haushaltsvolumen liegt bei rd. 2 Mio. EUR. Die Einwerbung von Drittmitteln wird erwartet.

Gesucht wird eine international ausgewiesene Persönlichkeit, die die Zielsetzungen des Instituts in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit vertreten und eigene Impulse setzen kann. Erfahrungen mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit, mit Projektmanagement, Personalführung und Verwaltung öffentlicher Mittel sind ebenso Voraussetzungen wie einschlägige Publikationen, ausgezeichnete Französischkenntnisse sowie ein breites Netzwerk in Deutschland, Frankreich und Europa.

Das dfi bietet ein äußerst spannendes Arbeitsumfeld durch seine herausragende Vernetzung in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Frankreich sowie Kontakte in viele europäische Länder und Institutionen. Neben Arbeitsfeldern aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit hat auch insbesondere die Zusammenarbeit mit italienischen Einrichtungen an Bedeutung gewonnen. Das Institut verfügt über eine hervorragende Ausstattung, u.a. in den Bereichen Digitalisierung und Arbeitsmittel, sowie durch seine beispielgebende Fach-Bibliothek. Ein schlagkräftiges Team von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt die Leitung bei ihren vielfältigen Aufgaben.

Die der Position angemessene Vergütung erfolgt je nach persönlicher Voraussetzung in Anlehnung an den TVöD oder nach der Beamtenbesoldung W3. Zusätzlich werden leistungsbezogene Parameter über eine Zielvereinbarung vorgesehen.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung! Aussagekräftige Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte per E-Mail bis zum 28.2.2023 an folgende E-Mail-Adresse: ▸ nachfolge@dfi.de

Die Plattform *jumelage.eu* entwickelt sich weiter

Pünktlich zu ihrem zweiten Geburtstag bekommt die Plattform *jumelage.eu* neue Funktionen! Im Dezember 2020 war die Plattform für die deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften online gegangen.

Das Ziel: Zeigen, wie vielfältig und lebendig die Aktivitäten zwischen den Partnerstädten sind, und die Verantwortlichen in ihrer Kooperation zu begleiten. Im Herbst 2022 zählte die Plattform 350 Mitglieder, und die vielen Beiträge der Kommunen sprechen dafür, dass Kommunalpartnerschaften das einzige Instrument sind, das eine solche Bandbreite aufweist: von Sporttreffen über Arbeitssitzungen zur Energiewende, von Sprachtandems über Sommercamps, für Junge und Ältere, mit und ohne Sprachkenntnissen, virtuell oder vor Ort.

Um den Bedürfnissen der Akteure besser gerecht zu werden, wird die Plattform bis zum Jahreswechsel weiterentwickelt. Eine interaktive Karte wird erlauben, die Mitglieder geographisch zu verorten, und eine Suche nach verschiedenen Kriterien beinhalten. Damit können geographische Synergien entstehen und die Suche nach neuen Kontakten vereinfacht werden. Die Möglichkeit zur direkten Kontaktaufnahme rundet das Angebot ab.

Gleichzeitig wird den Beiträgen der Kommunen mehr Platz eingeräumt, denn diese sind eine wichtige Botschaft nach außen und können auch Inspiration für neue Aktivitäten sein. Direkte Interaktions- und Kommentarfunktionen werden den schnellen und einfachen Austausch zwischen den Kommunen unterstützen.

Diese technischen Weiterentwicklungen werden dank einer Förderung des Auswärtigen Amts ermöglicht.

Werden auch Sie Mitglied der Plattform *jumelage.eu*.

Bénédicte King ▸ king@dfi.de

jumelage.eu Plattform für deutsch-französische kommunale Partnerschaften

Auswärtiges Amt

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
▸ www.dfi.de
▸ info@dfi.de
Redaktion: Irene Lindauer-Grözinger
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:

▸ http://www.dfi.de/storno

Christmas Garden in der Wilhelma, Stuttgart © dfi